

### **Rechtsextremismus im Rechtsstaat**

Der Rechtsextremismus mag die „normale Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften“ (Scheuch/Klingemann) sein, wie aber gehen diese mit ihm um und mit welchen Folgen? Diese Sektionsveranstaltung konzentriert sich auf die Analyse juristischer und polizeilicher Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus in der BRD. Sie dient damit der Bestimmung der Bedingungen, Wirkungen und Rückwirkungen solcher Maßnahmen, gerade auch mit Blick auf die freiheitliche Grundordnung selbst. Stets begleitet schließlich die Spannung zwischen Bürgerrechten einerseits und einer „wehrhaften Demokratie“ andererseits die Potentiale und Realitäten rechtsstaatlichen Handels zugunsten der Rechtsordnung und ihrer Subjekte.

Thematisiert werden sollen folglich die rechtsstaatlichen Grenzen und Grauzonen des Umgangs mit dem Rechtsextremismus, die Entwicklungstrends von Maßnahmen gegen ihn (Extremismusklausel) und die jeweils darüber geführten Debatten. Entsprechende Forschungsobjekte wären (1.) Charakteristika des legislativen und judikativen Umgangs mit dem Rechtsextremismus und rechtsextremen Straftätern, wie etwa die Konstruktion eines rechtsextremen Tätertypus im und durch das Recht, (2.) der grundsätzliche Einfluss der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf die Gestalt der Rechtsordnung (Trojaner-Überwachung, Einschränkung des Demonstrationsrechtes, Parteiverbotsverfahren), (3.) das Verhältnis von rechtsextremen Ordnungsvorstellungen und jenen des demokratischen Rechtsstaates und ihre sozialen Folgen (Vielfalt der Völker versus pluraler Gesellschaft; Recht auf Differenz versus Präsumtion der Gleichheit), (4.) das Verhältnis der Mitglieder der Rechtsorgane zu rechtsextremen Ansichten und (5.) die Frage, wie viel politischen Extremismus bis hin zur politischen Gewalt eine freiheitliche und wehrhafte Demokratie ertragen kann oder muss.

Willkommen sind auch Beiträge, die Reaktionsmöglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats jenseits von Polizei und Geheimdienst in den Blick nehmen. Das Spektrum denkbarer Themen reicht hier von den rechtlichen Rahmenbedingungen sogenannter Aussteiger-Programme bis zur Rolle des Rechts im Dienste des Rechtsextremismus (z.B. Mobilisierung des Antidiskriminierungsrechts gegen Hausverbote und Kündigungen).

Der Sektionsvorstand lädt dazu ein, Arbeiten, die diese oder ähnliche Themen mit Mitteln der Rechtssoziologie bearbeiten, vorzustellen. Willkommen sind dabei empirische Fallstudien ebenso wie vergleichende Arbeiten und theoretische Beiträge.

Bitte senden Sie Ihren Abstract (ein bis zwei Seiten) **bis zum 1.5.2012** an [thomas.scheffer@sowi.hu-berlin.de](mailto:thomas.scheffer@sowi.hu-berlin.de) und [jrosenstock@online.de](mailto:jrosenstock@online.de)

Für die Sektion Rechtssoziologie der DGS

Dr. Thomas Scheffer

Humboldt Universität zu Berlin

Institut für Sozialwissenschaften